

Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

BACKBORD

Frühjahr/Sommer 2021

Der große GRABEN

Wie Corona die soziale Spaltung unserer Stadt verschärft

Kein Krieg im Hafen: Hamburg wehrt sich gegen Rüstungsexporte

Seite 5

Zehn Rezepte für einen LINKEN Haushalt

Seite 6

»Nur kritisieren hilft nicht«: Interview mit Deniz Celik

Seite 8

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

EDITORIAL

CORONA UND DIE FOLGEN

UNSERE STADT

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

das Wichtigste ist die Gesundheit! Was Oma und Opa im normalen Leben schon immer gewusst haben, gilt inzwischen auch für die Politik. Seit die Pandemie uns im Griff hat, ist nichts, wie es vorher war. Viele haben jetzt begriffen, dass Zusammenhalt, Rücksichtnahme und Solidarität die besten Antworten auf eine Krise sind. Und dass wir uns besser aufstellen müssen, damit uns so etwas nie wieder auf solche Weise trifft.

Denn Corona hat schonungslos gezeigt, was in unserer Gesellschaft falsch läuft:

Wir haben ein Gesundheitssystem, das nicht krisensicher ist. Pflegerinnen und Pfleger werden viel zu schlecht bezahlt und leiden unter zum Teil katastrophalen Arbeitsbedingungen.

Wir haben eine gesplante Gesellschaft, in der arme Menschen mehr Angst vor Krankheit und Tod haben müssen als reiche Menschen.

Wir haben ein ungerechtes Wirtschaftssystem, das große Konzerne von der Krise sogar noch profitieren lässt, während die Kleinen um ihr Überleben kämpfen.

Wir haben ein Bildungssystem, das dringend reformiert werden muss, damit endlich alle Kinder die gleichen Chancen haben!

Gegen das Virus können wir uns mit einem Impfstoff schützen. Gegen soziale Spaltung und Ausbeutung hilft nur eine andere Politik. Wir setzen uns dafür ein!

Unsere Vorschläge zur Corona-Pandemie haben wir auf unserer Webseite gesammelt:

www.linksfraktion-hamburg.de/corona

Bleiben Sie gesund!

Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)

**Die Zahlen sind eindeutig: Die Corona-Pandemie trifft arme Stadtteile ungleich härter als die reichen. Doch der Senat hat viel zu lange weggeschaut. Es wird Zeit, den besonders Bedürftigen zu helfen!**

Entsprechende Hinweise gab es schon früh. Doch Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) kniff die Augen erst einmal ganz fest zu. Eine Auswertung der Corona-Zahlen nach Stadtteilen sei weder möglich noch sinnvoll, hieß es aus der Sozialbehörde, nachdem bekannt geworden war, dass sozial benachteiligte Viertel deutlich höhere Corona-Infektionsraten aufweisen als gut situierte. Ein Zusammenhang zwischen sozialem Status und Corona-Infektion sei nicht belegt, so die Sozialbehörde.

Riesige Inzidenz-Gefälle

Das stimmt nur, wenn man nicht hinschaut. Dass es sogar relativ einfach ist, diesen Zusammenhang zu ermitteln, zeigte nämlich bereits im Dezember unser Bürgerschaftsabgeordneter Deniz Celik. Er wertete die nach Postleitzahlen aufgeschlüsselten Coronazahlen für Hamburg aus – und sah sofort, dass die es in sich hatten.

Das Inzidenz-Gefälle zwischen den Stadtteilen, so zeigten es Celiks Zahlen, ist riesig. Während reiche Stadtteile wie Eppendorf bisher überwiegend gut durch die Pandemie gekommen waren, lagen die Werte in Billstedt und Veddel ungefähr doppelt so hoch, die Zahl der Toten in einigen armen Stadtteilen sogar mehr als dreimal so hoch wie der Durchschnitt. Untermuert wurde das durch Zahlen aus der Schulbehörde: Demnach lagen die Infektionszahlen an Gymnasien deutlich unter denen der Stadtteil- und Sonderschulen, die doppelt so viele Corona-Infektionen melden mussten.

Am stärksten betroffen: Familien

Es liegt ja auch nahe: Arme Menschen haben weniger Wohnraum. Wer dichter und gedrängter lebt, kann nicht so leicht Abstand halten. Arme Menschen sind häufiger auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, in denen sich viele Menschen drängeln, sie arbeiten in Jobs, die nicht mal eben auf Homeoffice umstellen können.

Besonders betroffen: die Familien. Neben der Sorge um das finanzielle Auskommen mussten sie in Zeiten geschlossener Schulen und Kitas noch die Kinderbetreuung zu Hause stemmen, beim Home-schooling helfen – und das nur halbherzig unterstützt durch die unzureichenden Krankentage.

Trotzdem lehnte die Bürgerschaft einen Antrag der LINKEN ab, sich mit dem sozialen Aspekt der Pandemie zu befassen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Auch SPD und Grüne waren dagegen! Erst als eine Auswertung des NDR einige Wochen später die Recherchen der Linksfraktion bestätigte, entschloss sich Rot-Grün, die Politik zu ändern. Auch das Robert-Koch-Institut hatte unterdessen gemeldet, dass das Sterberisiko während der zweiten Corona-Welle in sozial benachteiligten Regionen um bis zu 70 Prozent höher war als in wohlhabenderen Regionen. Generell sei das Virus in stark sozial benachteiligten Regionen am weitesten verbreitet, sagt das RKI.

Armut macht krank

Auch bei den Corona-Hilfen gab es von Beginn der Pandemie an eine Schieflage. Während Klein-selbstständige den Hilfszahlungen zum Teil monatelang hinterherlaufen mussten, bekamen große Konzerne Milliardenhilfen – die sie, wie Daimler-Benz, zum Teil direkt an die Aktionär:innen weiterreichen konnten.

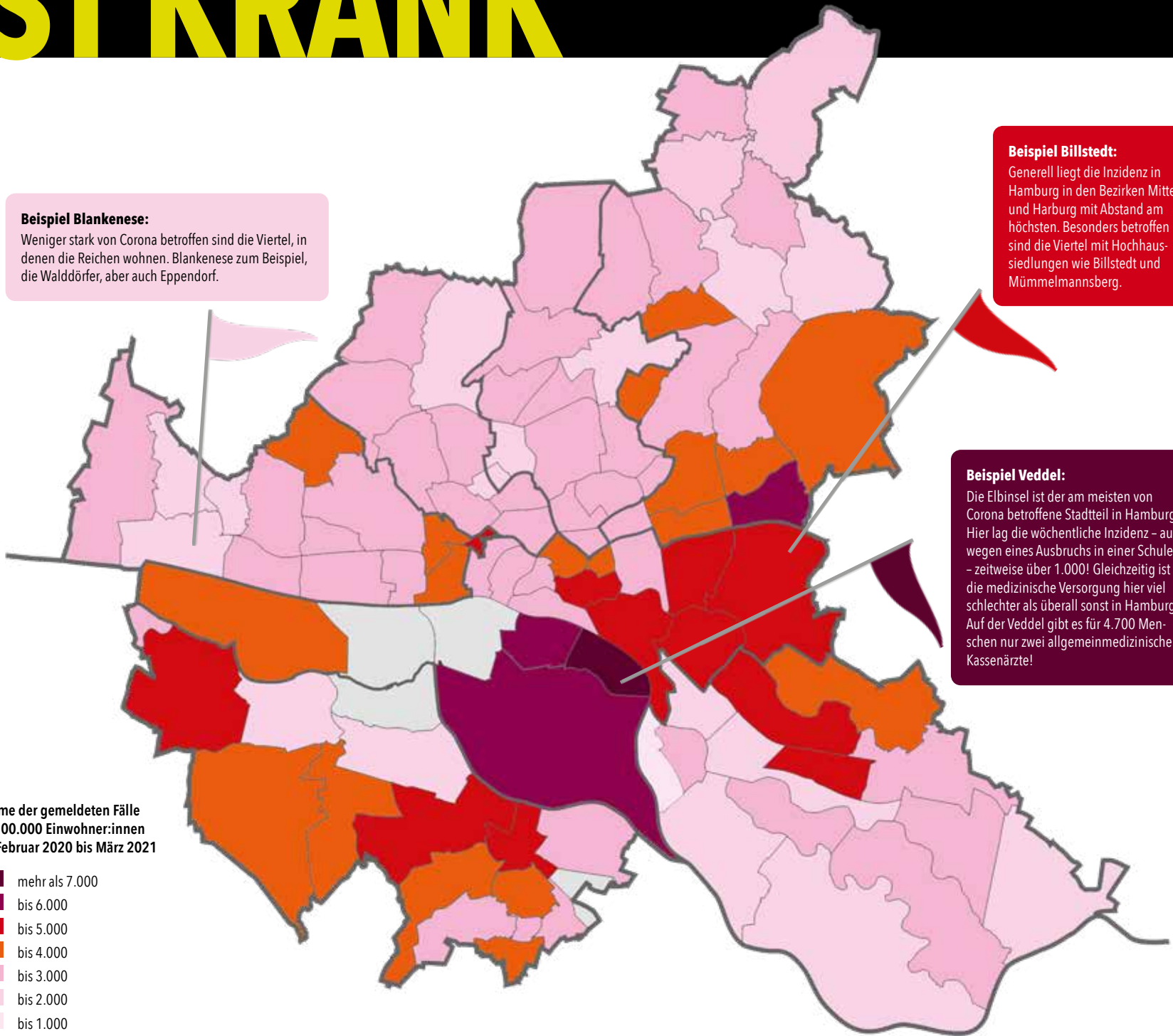
„Fast schon grotesk erscheint, wenn sinnvolle Ideen wie die des Linken-Politikers Deniz Celik aus dem Dezember nicht aufgegriffen werden“, kommentierte das „Hamburger Abendblatt“: „Mit ersten Zahlen untermuert, hatte er den Senat gedrängt, den Zusammenhang von Infektionen und ärmeren Stadtteilen in den Blick zu nehmen. Mehr Testen, Infektionsketten unterbrechen, FFP2-Masken verteilen, Gesundheitslotsen mit zielgerichteten Sprachkompetenzen losschicken – fast genau seine Vorschläge wurden jetzt von SPD und Grünen in der Bürgerschaft beantragt.“

Alles gut also? Nein! Denn die Politik der Benachteiligung geht ja weiter. Noch immer gibt es in den reichen Stadtteilen eine bessere medizinische Versorgung, es gibt mehr Test- und Impfangebote. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht.

Das ist auch nicht verwunderlich, denn dass Armut krank macht, war auch schon vor Corona so.

Wie aber kann man den benachteiligten Stadtteilen helfen? Zunächst einmal muss der Infektionsschutz am Arbeitsplatz endlich ins Zentrum der Bemühungen rücken. Bislang werden durch die Corona-Verordnungen vor allem Freizeitaktivitäten

IST KRANK



Quelle: Sozialbehörde Hamburg / Statistikamt Nord • Kartenmaterial: © Hamburg Open Data

eingeschränkt – in vielen Betrieben läuft die Arbeit nahezu unverändert weiter, ohne Schutz. Eine weitere, wichtige Maßnahme sind Hilfen vor Ort. „Menschen, die sich weniger gut schützen können, müssen mit aufsuchenden Angeboten unterstützt werden“, sagt Deniz Celik. Deshalb schlägt DIE LINKE „Corona-Guides“ vor, die mit den Leuten reden sollen, ihre Fragen beantworten, die Bürger:innen auf den

Marktplätzen oder auch an den Haustüren in all ihren Sprachen mit Infos versorgen, Schutzmasken verteilen und auch Schnelltests anbieten. Außerdem will Celik die Benachteiligung durch eine Priorisierung beim Impfen ausgleichen – unter anderem mit dezentralen Impfzentren in ärmeren Stadtteilen. „Mit so einer Überholspur für Hamburgs am stärksten betroffene Gebiete ließe sich der Anteil der Geimpften dort in

kurzer Zeit steigern und das gefährliche Infektionsgeschehen in den Hotspots effektiv eindämmen“, meint Celik. „Davon profitieren dann nicht nur die besonders gefährdeten Menschen, sondern wir brechen damit auch die Infektionsdynamik in der ganzen Stadt.“ Das kann aber nur ein Anfang sein. Denn der beste Schutz vor sozialer Benachteiligung ist soziale Gerechtigkeit!

INTERVIEW MIT JOHAN GRASSHOFF

»Schützt endlich obdachlose Menschen!«

Ausgangssperre? Zuhause bleiben? Für diejenigen, die auf der Straße leben, ist das unmöglich. Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb in der Bürgerschaft, leerstehende Hotels für Wohnungslose zu öffnen. Ein Gespräch mit dem Straßensozialarbeiter Johan Graßhoff.

Backbord: Was bedeutet es in Corona-Zeiten, obdachlos zu sein?

Graßhoff: Die Pandemie hat die Situation der obdachlosen Menschen dramatisch verschlechtert. Das Leben auf der Straße ist ja sowieso ein Überlebenskampf. Corona hat das noch einmal deutlich verschärft. Wir sind als Gesellschaft gerade eigentlich alle aufgefordert, zuhause zu bleiben. Wir sollen uns schützen, sollen Abstand halten, Hygieneregeln beachten. Obdachlose Menschen können das alles nicht. Sie müssen den ganzen Tag unterwegs sein, können sich kaum zurückziehen, können sich kaum schützen. Gleichzeitig gehört die Mehrheit obdachloser Menschen zu der von Corona besonders gefährdeten Personengruppe. Sie leiden häufig unter nicht behandelten Vorerkrankungen und sind aufgrund ihrer Obdachlosigkeit physisch und psychisch geschwächt, so dass bei einer Ansteckung mit Covid-19 besonders schwere Krankheitsverläufe drohen. Dementsprechend sind viele verzweifelt und müde. Das merke ich in den Gesprächen bei meiner Arbeit sehr, sehr stark.

Backbord: Wie kannst du als Straßensozialarbeiter da helfen?

Graßhoff: Unser Auftrag ist es, Menschen in Obdachlosigkeit zu unterstützen und passende Hilfen/Angebote zu eröffnen. Wir versuchen uns in den Alltag, in die Lebenswelt der Obdachlosen hineinzubegeben. Wir verteilen während der Pandemie Masken auf der Straße, Desinfektionsmittel, Handschuhe. Wir informieren über bestehende Hilfsangebote: Wo kann man überhaupt noch einen Schlafplatz finden. Welche Tagesaufenthaltsstätte hat geöffnet? Wo kann ich duschen?

Backbord: Wie sieht es denn in den Übernachtungsmöglichkeiten mit dem Corona-Schutz aus?

Graßhoff: Das ist ein großes Problem. Da müssen sich oft mehrere Menschen das Zimmer teilen, genauso wie Toiletten und Bad. Da sagen viele, dass sie dann lieber auf der Straße bleiben.

Backbord: Welche Auswirkungen hat das konkret?

Graßhoff: Gerade jetzt im April gab es einen massiven Corona-Ausbruch in der Notunterkunft in der Friesenstraße. Mehr als 40 Menschen wurden positiv getestet, 150 mussten in Quarantäne. Seit Januar sind dreizehn Menschen auf Hamburgs Straßen gestorben. Das ist dramatisch und ein Skandal.



Johan Graßhoff im Gespräch mit einem obdachlosen Menschen. (Das Foto wurde vor der Corona-Pandemie aufgenommen.)

Backbord: Was könnte die Politik tun, um euch zu unterstützen?

Graßhoff: Schützt endlich obdachlose Menschen! Jeder Mensch hat das Recht auf gleichwertige Schutzräume und Gesundheitsversorgung! Wir benötigen kleine, dezentrale Unterkünfte und die Öffnung der Hotels sowie Konzepte wie „Housing First“. Wegen des Beherbergungsverbots haben wir in Hamburg gerade tausende leerstehende Hotelbetten. Damit könnte man obdachlosen Menschen schnell eine sichere Bleibe ermöglichen. Dass das funktioniert, haben mehrere Initiativen aus der Zivilgesellschaft gezeigt, die obdachlosen Menschen Hotelbetten organisiert haben. Wichtig ist, dass ein menschenwürdiges Leben ohne eigenen Wohnraum nicht möglich ist. Um allen dieses Grundrecht zu gewähren, ist ein wohnungspolitischer Paradigmenwechsel notwendig, bei dem Wohnraum keine Ware ist, sondern ein Grundrecht!



Johan Graßhoff ist 33 Jahre alt. Seit sieben Jahren arbeitet er als Straßensozialarbeiter mit obdachlosen Menschen in Hamburg. Außerdem engagiert er sich bei der Hamburger LINKEN.

UNTERSCHREIBEN GEGEN WAFFENEXPORTE

#FREIENDFRIEDENSSTADTHAMBURG

DIE HÖLLE AUF ERDEN ALS EXPORTSCHLAGER

Seit Jahren setzt sich die Friedensbewegung für einen Stopp des Umschlags von Waffen und Munition im Hafen ein, auch die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN. Gelingt jetzt der „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“ der Durchbruch?



Über den Hamburger Hafen wird ein Arsenal des Todes in alle Welt verschifft – von Kleinwaffen bis zum Panzer.

Es gibt dieses romantische Bild vom Hamburger Hafen: die Schiffe, die Fähren, der Elbtunnel, die Landungsbrücken und der Blick rüber auf Lagerhallen und Container – nicht nur Tourist:innen lieben das. Doch in diesen Hallen und diesen Containern lauert viel zu oft der Tod: Vom handlichen Revolver bis zum ausgewachsenen Panzer reicht das Warenangebot. Und die Kundschaft besteht auch gern mal aus zynischen Despoten und windigen Kriegsherren.

Hier wird die Hölle auf Erden in alle Welt verschifft

Und das alles hat dann mit Krabbenbrötchen und Kutterromantik wenig zu tun: Hamburgs Hafen ist der Umschlagplatz für Panzer und Drohnen, für Artilleriegeschütze und ihre Munition – und die ist dann oft auch noch radioaktiv. Es ist die Hölle auf Erden, die über die Kais und Kräne in alle Welt verfrachtet wird. Allein 1.000 Container Munition sind das Jahr für Jahr. Plus dieser ganze Fuhrpark des Metzels mit Panzerwagen und Kriegsschiffen.

Hamburg, das Tor zur Welt? Mit dem, was hier Jahr für Jahr durchgeht, entfacht manches Regime einen Weltenbrand. Und das widerspricht dann nicht nur allen Regeln menschlichen Anstands – es widerspricht auch der Hamburger Verfassung. Denn die fordert, dass unsere Stadt „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt“ sein soll. Von Kanonen steht da nichts. Für den Senat war das bisher kein Grund zum Handeln

– schließlich, so bangen SPD und Grüne, geht es um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Hafens. Und außerdem könne Hamburg nicht drüber entscheiden, was da in Hallen lagert und auf Kähnen schaukelt. Was dann die Hamburger:innen verschaukelt, denn ohne die HHLA passiert im Hafen nicht allzuviel – und über deren Handeln bestimmt die Stadt. Also wir alle – vertreten durch den Senat...

Für die LINKE gehört Frieden zur DNA – das gilt seit ihrer Gründung und so steht es auch im Wahlprogramm: „Wir wollen den Export von Waffen und Waffenfabriken verbieten. Rüstungsexporte in Länder, die an Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte missachten, müssen sofort unterbunden werden.“ Deshalb steht die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN auch an der Seite der „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“. Seit dem 20. März sammeln deren Aktivist:innen überall in der Stadt Unterschriften. Das Ziel: Ein Volksentscheid, der künftig solche todbringenden Deals verhindert. Sie wollen dabei sein? Den Link zur Ini finden Sie am Ende dieses Textes!

„Krieg bedeutet immer Tod, Trauma und Flucht“

Und die ganzen Jobs? Gute Jobs sind das für zumeist gut ausgebildete Menschen. Und die muss man natürlich erhalten – aber das ist auch drin: Rund 0,3 Prozent der in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldeten Menschen ist mit der Produktion von Waffen und Rüstungsgütern befasst – es sind überwiegend Fachkräfte, für die es jede Menge geeignete Jobs gibt. Weshalb auch Gewerkschaften wie ver.di und die GEW die Volksinitiative unterstützen. Mahnende Worte kamen im April in der „Aktuellen Stunde“ der Bürgerschaft vom friedenspolitischen Sprecher der Linksfraktion, Mehmet Yildiz: „Krieg bedeutet immer Tod und Zerstörung von Lebensgrundlagen und ist der Grund für Verzweiflung, Trauma und Flucht. Mehr als 638.000 Menschen in Hamburg haben einen Migrationshintergrund – viele sind vor Krieg und Zerstörung geflohen. Und wir haben die Verantwortung, durch die zivile Ausrichtung unseres Hafens dazu beizutragen, dass auch in den Heimatländern dieser Menschen endlich Frieden möglich wird.“

→ www.ziviler-hafen.de



„Wer es wirklich ernst meint mit einer friedlichen Welt, darf die dann auch nicht mit Waffen beliefern“: Zaklin Nastic, ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN, jetzt im Bundestag, war beim Start der Volksinitiative auf dem Rathausmarkt dabei.

WIE HAMBURGS LINKE DIE KOSTEN DER KRISE BEZAHLEN WOLLEN

REICHT.

BESSER FÜRS HERZ UND BESSER FÜRS KLIMA

Nach der Pandemie droht der Sparhammer. Denn dann wird die Schuldenbremse wieder greifen und den Staat zu einer brutalen Kürzungspolitik zwingen – was vor allem zulasten der kleinen und mittleren Einkommen geht. DIE LINKE hat da ein paar andere Ideen.

Seien wir doch einfach mal optimistisch und gehen davon aus, dass wir im Herbst durch das Dickste durch sind, dass die Corona-Pandemie und ihre Bekämpfung dann nicht mehr alle unsere Schlagzeilen und alle Gespräche dominieren. Könnte ja sein. Dann geht's im Anschluss aber um eine ganz andere Frage: Wer bezahlt das alles eigentlich? Wer kommt auf für die Aber-Milliarden Schulden, die Bund und Länder aufgenommen haben, um die Folgen der Krise abzumildern? Wege aus der Not: Die LINKE hat einen Haushaltsplan vorgelegt – und für Menschen mit niedrigem oder auch mittlerem Einkommen ist das eine gute Nachricht.

Es waren die Tage eines ungebremsen Neoliberalismus, als eine ganz besonders große Koalition aus Union, SPD, FDP und Grünen eine Schuldenbremse in den Verfassungen von Bund und Ländern verankert hatte. Und das waren keine guten Tage, auch nicht für Hamburg. Denn diese höchst kurzsichtige Schuldenbremse ist zwar ausgesetzt – aber sie ist eben nicht aufgehoben und nach dem Ende der Krise kommt sie zurück! Und löst dann eine neue Krise aus: 2022 wird Hamburg wieder unter das Spar-Diktat fallen. Und dann kommt der Rasenmäher: Dann muss nämlich jedes Ressort drei Prozent seiner Mittel einsparen. Und das sind dann alleine im Bereich Arbeit, Gesundheit,

Soziales, Familie und Integration satte 139 Millionen Euro. Die jetzt an Hilfsbedürftige fließen. Die aber ab 2022 nicht mehr fließen dürfen. Mit dramatischen Folgen für die ganze Stadt: Dieser Rasenmäher erwischt uns alle: nicht nur die Ärmsten, sondern auch Kultur und Forschung, Schulen und Verkehr. Der große Graben, die soziale Spaltung der Stadt – all das wird immer weiter vertieft. Die LINKEN gehen einen anderen Weg, der Haushaltsplan der Linksfraktion sieht neue Spielregeln für eine geteilte Stadt vor: sozialer, fairer, besser fürs Herz und besser fürs Klima. Und mit Blick auf ein Hamburg, in dem sich wirklich alle Bürger:innen willkommen fühlen.

10 REZEPTE FÜR EINEN LINKEN HAUSHALT

NEUSTART DER ARBEIT:



Ein gefördertes Ausbildungsprogramm und ein Arbeitsmarktprogramm von 100 Millionen Euro

INVESTITIONEN IN UNSERE STADT:



Bezahlbare Wohnungen, digitale Infrastruktur und ein funktionierendes Gesundheitswesen

CORONA-HILFEN FÜR ALLE IN NOT:



Unterstützung für Geringverdiener:innen, Kurzarbeiter:innen, Soloselbstständige, kleine Unternehmen, aber auch Geflüchtete, Wohnungslose und Hartz-IV-Empfänger:innen

ZEITGEMÄSSE SCHULEN:

Laptops für alle Schüler:innen und Lehrer:innen sowie IT-Stellen an Schulen



BESSERE SCHULEN FÜR DIE STADT:



900 Vollzeitstellen für Lehrer:innen zusätzlich

FÜR ALLE

INTERVIEW MIT FABIO DE MASI

»Wir entlasten kleine und mittlere Einkommen«

Der LINKE Haushaltspolitiker und Hamburger Bundestagsabgeordnete Fabio De Masi über die Kosten der Krise und die Frage, wer sie bezahlt.

KEIN SPARKONZERT BEIM SOZIALEN:

Mehr Geld für ein soziales Hamburg



DAS GESUNDHEITSWESEN GEHÖRT UNS:

Beim Krankenhaus Groß-Sand fangen wir an: Gesundheitszentren ausbauen und Gesundheitsämter stärken!



OHNE KULTUR IST ALLES NIX:

Mehr Räume für die Menschen in den Stadtteilen und für fair bezahlte Kulturarbeiter:innen



ATEMPAUSE FÜRS KLIMA:

Abgehängte Stadtteile anbinden, eine weitere Schienenquerung zwischen Harburg und Altona, 365-Euro-Ticket sowie kostenfreien Nahverkehr für Schüler:innen und Auszubildende

STÄRKERE HOCHSCHULEN:

Lehre ausfinanzieren, keine Studiengebühren



Backbord: Der Staat hat sich in der Corona-Krise mit Milliarden-Krediten verschuldet. Wer soll das bezahlen?

De Masi: Aus diesen Schulden können wir wie nach der Finanzkrise langfristig rauswachsen. Der Staat muss derzeit nur negative Zinsen für Kredite zahlen. Dies bedeutet, der Staat bekommt dafür, dass er Schulden macht, Geld geschenkt. Das Problem ist aber die Schuldenbremse. Sie zwingt uns ab 2022, keine Kredite mehr aufzunehmen, obwohl es einen riesigen Investitionsstau gibt. Gleichzeitig sollen die Corona-Kredite bereits in den nächsten 20 Jahren ab 2026 zurückbezahlt werden. Es gibt daher mit der Schuldenbremse nur zwei Möglichkeiten: Steuern rauf oder Investitionen und Sozialstaat runter.

Backbord: Warum wird eigentlich keine Vermögenssteuer für Superreiche erhoben, wo es sie doch im Grundgesetz gibt?

De Masi: Das Bundesverfassungsgericht urteilte 1995, dass die Vermögenssteuer verfassungswidrig sei. Das Problem des Gerichts war, dass Immobilien nicht zu ihrem tatsächlichen Wert bewertet wurden. Das Gericht setzte eine Frist zur Neubewertung von Immobilien. Die Regierung Kohl regelte dies aber nicht neu und ließ die Vermögenssteuer leise sterben. Danach hat sich keine Regierung mehr da dran gewagt, weil es immer eine starke Lobby der Milliardäre gab.

Backbord: Würde mit der Vermögenssteuer nicht auch Omas Häuschen belastet?

De Masi: Wer auf dem Papier Millionär ist, weil er ein Häuschen in guter City-Lage hat, braucht nichts befürchten. Denn die Vermögenssteuer besteuert das Nettovermögen – also abzüglich Schulden, wie z.B. die Schulden in Form von Hauskrediten. Außerdem kann man hohe Freigrenzen ansetzen. Bei einer Freigrenze von 1 Million Euro und einem Nettovermögen von 1,1 Millionen Euro zahlt man die Steuer nur auf die 100.000 Euro, die über der Million liegen. Bei einer Steuer von einem Prozent wären das 1.000 Euro im Jahr. Also weniger als 100 Euro im Monat.

Backbord: DIE LINKE fordert auch eine Vermögensabgabe – 10 Prozent ab 2 Millionen Euro Nettovermögen und 30 Prozent ab 100 Millionen Euro Nettovermögen. Gehen dann nicht reihenweise Betriebe kaputt?

De Masi: Nein. Denn die Abgabe soll einmalig erhoben und genau wie die Corona-Kredite des Bundes



Fabio De Masi, Finanzexperte der LINKEN

über 20 Jahre abbezahlt werden. Eine Abgabe von 10 Prozent entspricht also 0,5 Prozent pro Jahr und bei 30 Prozent sind es 1,5 Prozent. Belastet wird außerdem nur das Nettovermögen über den Freibeträgen. Für Betriebsvermögen etwa gilt ein persönlicher Freibetrag von 5 Mio. Euro. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat unser Konzept durchgerechnet und es für angemessen befunden.

Backbord: DIE LINKE will mehr Steuereinnahmen: Warum soll ich von meinem Gehalt denn mehr abgeben?

De Masi: Musst Du nicht! Wir wollen kleine und mittlere Einkommen deutlich entlasten. Als Daumenregel: Wer weniger als 6.500 Euro im Monat verdient (Single, Steuerklasse 1, keine Kinder), zahlt nach unserem Konzept weniger. Wer mehr verdient, zahlt auch mehr! Die Bevölkerungsmehrheit hätte mit uns am Monatsende mehr Geld auf dem Konto als heute.

Backbord: Medien tun LINKE Finanzpläne generell gern mit einem mitleidigen Lächeln ab: Wolkenkuckucksheim, alles nicht realisierbar...

De Masi: Die FAZ hat unser Steuerkonzept sinngemäß auch schon mal als das Ehrlichste aller Parteien bezeichnet. Wolkenkuckucksheim ist es doch, wie die FDP den Reichsten die Steuern zu senken. Dann droht ein Kürzungshammer nach der Wahl oder höhere Mehrwertsteuern für die Kassiererin. Mittlerweile kritisieren selbst Unternehmerverbände die Schuldenbremse. Natürlich gibt es auch Reflexe, weil etwa Lobbyisten auch Einfluss auf die Meinung von Journalisten haben. Aber die Resonanz auf unsere Forderung nach einer Vermögensabgabe war gut.

INTERVIEW MIT DENIZ CELIK

»Die Menschen erwarten Lösungen«

Der LINKE Gesundheitsexperte Deniz Celik über die Rolle als Oppositionspolitiker in der Pandemie, die Zusammenarbeit mit der CDU und was sich in der Bundespolitik ändern müsste.

Backbord: Vergangenes Jahr hast du gleich zwei wichtige politische Schwerpunkte in der damals neuen Fraktion übernommen: Innenpolitik und Gesundheit. Und dann kam Corona...

Celik: Das war natürlich sehr turbulent – es hatte ja niemand mit einer Pandemie gerechnet. Wir sind alle herausgefordert, aber natürlich ist Corona *das* Thema überhaupt – in der Gesellschaft und auch im Parlament. Wir versuchen als LINKE mit konstruktiven Vorschlägen gute Alternativen in der Pandemiebekämpfung zu entwickeln.

Backbord: Alles ändert sich auf fast täglicher Basis: die Zahlen, die Fakten, die Bewertung der Fakten. Was macht das mit dem Alltag eines Gesundheitspolitikers?

Celik: Die Situation erlaubt uns keine Atempause. Es gibt immer wieder neue Studien und neue Erkenntnisse: Man muss permanent auf dem Laufenden bleiben und schnell reagieren. Und es geht darum, gute politische Vorschläge und Forderungen zu entwickeln. Das kostet sehr viel Zeit und ist natürlich auch sehr herausfordernd.

Backbord: Es gibt unterschiedliche Erwartungen an die Arbeit einer linken Oppositionspartei: Einerseits soll sie die Maßnahmen kritisch begleiten – andererseits ist dieses Virus real und gefährlich. Wie arbeitest du in diesem Spannungsfeld?

Celik: Nur kritisieren hilft natürlich nicht. Die Menschen erwarten Lösungen – und zwar eben auch von der Opposition. Aber zugleich müssen wir auch die ganze Strategie der Bundesregierung und der Länder hinterfragen, wenn alles aus dem Ruder läuft. Die Pandemiebekämpfung war in den vergangenen Monaten halbherzig und unausgewogen. Während im Privaten Grundrechte drastisch eingeschränkt werden, wird der Infektionsschutz am Arbeitsplatz kaum



Deniz Celik, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion

durchgesetzt. Wir befinden uns auch deshalb seit Monaten in einem Halb-Lockdown, weil Profitinteressen häufig Vorrang vor dem Infektionsschutz haben.

Backbord: Wie hielt sich Hamburg in der Pandemie?

Celik: Auch hier wurde viel versäumt. Die Gesundheitsämter wurden nicht ausreichend personell ausgestattet, damit sie die Kontaktnachverfolgung schaffen. In den Krankenhäusern hat sich die Situation nicht verändert: Wir haben immer noch Personalmangel und wir haben immer noch Pflegenotstand. Das Krisenmanagement war katastrophal. Und dann ist es unsere Aufgabe als Opposition, auf solche Missstände hinzuweisen. Aber gleichzeitig müssen wir halt auch immer wieder konkrete Vorschläge einbringen: Wir weisen seit Monaten auf die soziale Dimension der Pandemie hin, wir haben Corona-Guides zur Unterstützung in den besonders belasteten Stadtteilen gefordert. Wir haben

aber auch gesagt, wie man das Pflegepersonal in den Krankenhäusern entlasten kann, wie man die Gesundheitsämter besser ausstatten könnte.

Backbord: Wie ist das Verhältnis zur anderen demokratischen Oppositionspartei, der CDU?

Celik: Es gibt punktuell schon mal eine Zusammenarbeit in den Ausschüssen – aber das ist nicht die Regel, weil wir einfach sehr oft gegensätzliche Interessen vertreten. Die CDU ist in dieser Krise sehr staatstragend, hinterfragt nur selten die Maßnahmen der Regierung. Wir als LINKE haben da eine ganz andere Rolle bei der Oppositionsarbeit in der Bürgerschaft.

Backbord: Du kandidierst für den Bundestag – als Direktkandidat im Bezirk Nord und auf Platz zwei der Landesliste. Warum willst du in die Bundespolitik?

Celik: Die Arbeit in Hamburg macht mir viel Spaß. Ich stehe auf Platz zwei – und

natürlich wollen wir wieder zwei LINKE Bundestagsabgeordnete aus Hamburg nach Berlin schicken. Aber wenn das nicht klappt, mache ich auch sehr gern die Arbeit in der Bürgerschaft weiter. Ich mache jetzt seit sechs Jahren Gesundheitspolitik und Corona zeigt die Probleme unseres Gesundheitssystems wie unter einem Brennglas: Es ist nicht in der Lage, diese Pandemie richtig zu bekämpfen. Die Ursachen liegen auf der Hand: Privatisierung, Gewinnorientierung, das fehlende Vorhalten von Kapazitäten, schlechte Personalausstattung. Das ist eine zentrale Frage der kommenden Jahre: Wie können wir unser Gesundheitssystem neu aufstellen – öffentlich und am Gemeinwohl orientiert? Und das sind gute Gründe für mich, im Bundestag für ein anderes Gesundheitssystem zu kämpfen. Denn auf Landesebene sind die Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Bereich sehr begrenzt.

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Twitter: twitter.com/linksfraktionhh | Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg | Instagram: instagram.com/linksfraktionhh

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg | Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Mauricio Bustamante (S. 4: Johan Graßhoff, Reportagefoto) | Karin Desmarowitz (Titel, S. 5: Hafen; S. 8: Deniz Celik) | DIE LINKE (S. 2: Fraktionsvorsitzende; S. 4: Johan Graßhoff, Porträt; S. 5: Zaklin Nastic) | Olaf Krostitz (S.7: Fabio De Masi)

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft